



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/14 - 17.1.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Bilanz der Vereinten Nationen	S. 1.
Unzulängliches Punkt-Vier-Programm	S. 3
Zerbröckelungsprozeß in Kiel hält an	S. 5

Wyschinski vermied Privatgespräche

Von unserem Pariser Mitarbeiter Alfred Frisch

Die Pariser UNO-Tagung geht langsam ihrem Ende entgegen. Selbst wenn das Arbeitsprogramm nicht bis zu dem vorgesehenen Endtermin am 26. Januar erschöpft sein wird, können die wichtigsten Angelegenheiten vorläufig als erledigt, wenn auch nicht als geregelt, gelten. Eine erste Bilanz läßt sich daher aufstellen.

Die Pariser Tagung begann nicht mit großen Erwartungen. Man hat inzwischen verstanden, daß sich der Ost-West-Konflikt nicht durch Propagandareden auf dem öffentlichen Platz beseitigen läßt. Die Delegierten scheinen jedoch Paris etwas optimistischer zu verlassen, als sie sich am Tage ihrer Ankunft zeigten. Der wichtigste Aktivposten der Bilanz ist ein allgemein festgestelltes günstigeres Klima. Gewiß, West und Ost verstanden sich in Paris nicht besser als in New York, die Atmosphäre wurde jedoch als weniger gespannt empfunden, und es bestand offensichtlich ein allgemeines Bestreben, die Dinge auf keinen Fall auf die Spitze zu treiben.

Eine zweite wichtige Feststellung betrifft das Erwachen der kleineren Nationen im Mittleren Osten, in Ostasien und in Südamerika. Die arabisch-asiatische Welt hat nunmehr ihre eigenen Interessen, die mit den Sorgen und Zielen der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion nur schwer vereinbar sind. Die betref...

Länder sind ebenso betont antikommunistisch wie antiwestlich. Moskau erkannte sehr wohl die Schwierigkeiten einer Ausbeutung der arabischen Unzufriedenheit und versichtete daher, von kleinen Manövern abgesehen, während der UNO-Tagung auf den Versuch, die arabisch-asiatischen Staaten für seine Ideen zu gewinnen. Der arabische Nationalismus stützt sich freilich keineswegs auf die Volksmassen, er stellt vielmehr im wesentlichen ein ausgesprochenes Ablenkungsmanöver dar, um die unglücklichen und ausgebeuteten Fellachen für die unverändert unmöglichen sozialen Zustände, besonders in Ägypten, zu entschädigen.

Die Haltung der Südamerikaner war etwas unklarer. Auch sie legen größeren Wert auf Distanz gegenüber Washington, auch sie lehnen eine Verschärfung der internationalen Spannung auf jeden Fall ab, da sie nicht die Kosten eines Konfliktes der Großmächte bezahlen möchten. Gleichzeitig sind ihre wirtschaftlichen und kulturellen Bande mit den Vereinigten Staaten jetzt so stark, daß sie ihre internationalen Eigenwilligkeiten zwangsläufig in engen Grenzen halten. In Zukunft werden die Großmächte mit diesem neuen Block der Mitte in zunehmendem Maße zu rechnen haben. Weltpolitisch gesehen handelt es sich dabei um eine glückliche Einrichtung, denn die kleinen Länder legen größten Wert auf die Erhaltung des Friedens.

Die UNO-Tagung brachte schließlich einen klaren schweren Mißerfolg der sowjetischen Diplomatie. Wjatschinski enttäuschte durch seine Mittelmäßigkeit sogar seine Gegner, die vor ihm etwas mehr erwarteten, als geistlose, langweilige Wiederholungen. Von Anfang bis zum Ende hielt sich die Sowjetunion trotz ihrer wiederholten angeblich neuen Vorschläge in der Defensivrolle. Alle ihre Initiativen waren kaum veränderte Neuauflagen alter Schallplatten. Aus unbegreiflichen Gründen vermied die Sowjetunion ferner jedes Gespräch mit der westlichen Welt. Es kam zu keiner privaten Aussprache Wjatschinskis mit seinen westlichen Kollegen. Auch die Kontakte zwischen den untergeordneten Delegierten beschränkten sich diesmal auf das gesellschaftliche Mindestmaß. Die zu Beginn der Tagung erwartete russische Forderung nach Einberufung einer Viererkonferenz zur Regelung der deutschen Frage und Wiederherstellung der deutschen Einheit blieb aus. Die Beobachter gewannen den Eindruck, daß die sowjetische Außenpolitik z.Zt. sehr unentschlossen ist. Außerdem scheint sie die westliche Atomüberlegenheit ernstlich zu fürchten und auch in der allgemeinen Abrüstung mehr zu sehen als Propaganda. Moskau ist jedoch vorläufig nicht gewillt, für die Erreichung seiner Ziele auch nur einen bescheidenen Preis zu bezahlen. Der Begriff des Kompromisses scheint der Sowjetdiplomatie fremd zu sein. Wenn sie sich in dieser Beziehung nicht ändert, dürfte nur schwer ein Ausweg aus der augenblicklichen internationalen Sackgasse gefunden werden.

Von 1000 Säuglingen sterben 170

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

170 von 1000 Kindern sterben in Ägypten, bevor sie das erste Lebensjahr erreicht haben - in Indien sind es kaum weniger, 150. In Westeuropa und den Vereinigten Staaten beträgt dagegen die Todesrate zwischen 30 und 33 von 1000; dank eines gehobenen Lebensstandards und angewandter moderner Medizin ist es diesen Ländern gelungen, die furchtbare Geißel der Säuglingssterblichkeit fast völlig zu bannen. Die menschliche Vorstellungskraft reicht nicht aus, die Tragödie zu erfassen, die in diesem Unterschied liegt. Er ist auf die Dauer vielleicht von größerer Bedeutung und folgenschwerer als der die Gegenwart beherrschende Gegensatz zwischen dem demokratischen Westen und der Sowjetunion.

Zwei Drittel aller Erdbewohner leben unterhalb des Existenzminimums. Das durchschnittliche Jahreseinkommen eines Nordamerikaners beträgt etwa 5.200 M, das eines Engländers 2.600 M, ein Inder, Chinese oder Indonese muß sich mit sieben bis acht Mark pro Woche abfinden. Aufreizende Klassen- und Kastensunterschiede in Südasien übertreffen jene der kapitalistischen Länder. Die größten Reichtümer der Welt an Gold und Juwelen füllen immer noch die Paläste der indischen Maharadschas. Wo Hunger, soziale Rückständigkeit und Krankheiten den Volkörper verseuchen, ist auch das Analphabetentum vorherrschend. 87 Prozent aller Ägypter und 90 v.H. Inder können weder lesen noch schreiben.

Das sind grimmige Tatsachen und sie sind bisher nur an die Oberfläche des europäischen Bewußtseins gedrungen. Sozialer Fortschritt und Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit lassen sich jedoch in einer durch Technik gegenseitig abhängig gewordenen Welt nicht isoliert erreichen. Die westliche Demokratie hat, will sie vor den Stürmen der Zukunft bestehen, einen doppelten Kampf zu führen: Den Kampf um den sozialen Ausgleich im eigenen Lande und den Kampf gegen die Ungleichheit zwischen den Völkern und Rassen. Jahrhundertlang gaben sich die Völker in den sogenannten unentwickelten, kolonialen und halbkolonialen Gebieten mit ihrem Los zufrieden. Der Gedanke der Revolution war ihnen fremd. Hungersnöte und Krankheiten, Ausbeutung

und fremde Vorherrschaft wurden fatalistisch als unabänderlich hingenommen. Heute, unter dem Einfluß zweier Weltkriege und ihrer revolutionären Nachwirkungen, pochen diese Völker auf ihr Lebensrecht, und verlangen auch ihren Anteil an den Gütern dieser Erde.

Die Millionenmassen Asiens und Afrikas sind in stürmische Bewegung geraten. Das Zeitalter der kolonialen Ausbeutung, der Vorherrschaft der Weißen, geht zu Ende. Für den Westen ergibt sich die Wahl, diese Völker sich selbst oder als Beute dem Bolschewismus zu überlassen oder deren Verlangen nach nationaler, wirtschaftlicher und kultureller Unabhängigkeit durch finanzielle und technische Hilfe ohne eigensüchtige Hintergedanken zu unterstützen. Das berühmte Punkt-Vier-Programm Präsident Trumans, wie auch der von der Sozialistischen Internationale diskutierte Plan für gegenseitige Hilfe, enthalten bemerkenswerte Ansätze. Diese Völker sollen durch Bereitstellung von Kapitalgütern und Technikern, durch Ausbau ihrer Landwirtschaft, Bau von Schulen und Entwicklung ihrer Industrie in die Lage versetzt werden, sich selbst zu helfen.

Leider ist zu befürchten, daß die bisher bescheidenen Ansätze einer Förderung der unentwickelten Gebiete ein Opfer des Rüstungswettlaufs werden. Läßt man aber die Bevölkerung dieser Gebiete in Elend, Unwissenheit und durch Krankheiten verkommen, läuft der Westen Gefahr, auch den Kampf um jene Völker und Rassen zu verlieren, die bisher vom Bolschewismus nicht verschlungen wurden.

+ + +

Ausbau der norwegischen Arbeiterpresse

KRK. - Oslo

Die Presse der Norwegischen Arbeiterpartei hat in den letzten Jahren eine erfreuliche Entwicklung: Seit dem Jahre 1939 ist ihre Gesamtauflage um 60 Prozent auf 350000 im Jahre 1951 gestiegen. Jeder zehnte Norweger ist also Bezieher einer sozialistischen Zeitung.

Die Partei verfügt über 45 Blätter, von denen 16 die größten Zeitungen ihres Verbreitungsgebietes sind, während 26 den zweiten Platz belegen. Die übrigen sind die drittgrößten ihrer Distrikte.

Die Auflagen-Erhöhung der norwegischen Arbeiterpresse ist umso bemerkenswerter, als die bürgerlichen und die unpolitischen Zeitungen eine stagnierende Bezieherzahl haben.

+ + +

Regierung Lübke errang einen Pyrrhus-Sieg

E.M.-Kiel, im Januar

Die zweite Kieler Regierungskrise seit Bestehen der Koalition zwischen dem "Deutschen Wahlblock" (CDU, FDP, DP) und dem BHE konnte jetzt, sozusagen in letzter Minute, noch einmal aufgefangen werden. Ministerpräsident Lübke und die bürgerliche Mehrheit, soweit sie regierungstreu geblieben ist, errangen einen Pyrrhus-Sieg. Die eigentliche Grundlage der Regierung, der Wahlblock, hat seine Existenzberechtigung eingebüßt, nachdem nunmehr auch die Bundesparteileitung der FDP beschlossen hat, den drei letzten, noch im Wahlblock verbliebenen FDP-Landtagsabgeordneten den Austritt dringend ans Herz zu legen. Die FDP soll künftig wieder eine selbständige Fraktion bilden, die ihre politische Linie, unabhängig von der bisherigen Bevormundung durch die CDU-Mehrheit, nach eigenen Grundsätzen verfolgen kann.

Aber auch für die Abgeordneten der Deutschen Partei dürfte bald die Trennungstunde schlagen. Die Differenzen zwischen ihnen und ihrer Landesleitung, die ebenfalls für eine eigene Landtagsfraktion eintritt, sind durch das Zögern der DP-Parlamentarier, die Wahlblockpolitik aufzugeben, weiter verstärkt worden. In Kieler politischen Kreisen wird damit gerechnet, daß der Auszug der letzten drei FDP-Abgeordneten aus dem Wahlblock in absehbarer Zeit zu einem ähnlichen Entschluß der sieben DP-Abgeordneten führt.

Eine politische Beruhigung ist in Schleswig-Holstein fürs erste kaum zu erwarten. Die "Erbaueinandersetzungen" zwischen den bisherigen Wahlblockpartnern dürften im Gegenteil noch längst nicht den kritischen Höhepunkt erreicht haben. Das Kieler Wirtschaftsministerium, dem der von Ministerpräsident Lübke "fristlos entlassene" FDP-Minister Dr. Andersen vorstand, ist noch immer verwaist und wird, wenn man Lübkes Worten Glauben schenken darf, nicht wieder mit einem FDP-Vertreter besetzt werden. Viel diskutiert wird auch die Ernennung eines - bisher "eingesparten" - Kultusministers mit einem CDU-Mann, da sich die gegenwärtige Regelung, nach welcher der Innenminister zugleich als Kultusminister fungiert, offensichtlich als Fehllösung herausgestellt hat. Damit aber würde das Gleichgewicht im Kabinett, dem bisher zwei Minister der CDU, zwei des BHE und je einer der FDP und DP angehörten, empfindlich gestört werden.

Die Rolle des BHE als Regierungspartei ist ebenfalls nicht die glücklichste. Zwar steht die fünfzehnköpfige Flüchtlingsfraktion heute noch zu Lübke und seinem zerfallenden Wahlblock; es ist jedoch durchaus nicht sicher, ob bei einer Neuformierung der Kräfte auf bürgerlicher Seite der BHE weiterhin bereit ist, eine Politik zu unterstützen, die vor allem in sozialer Hinsicht nicht den Vorstellungen der Heimatvertriebenen entspricht.

Die Haltung der Opposition ist dagegen eindeutig: Die Sozialdemokraten warten ab. Obwohl mit 19 Abgeordneten schwächer als die gegenwärtige Regierungskoalition aus CDU, DP und BHE, sitzt die SPD-Fraktion heute am längeren Hebel; denn es wird selbst von ihren politischen Gegnern nicht bestritten, daß die Sozialdemokratische Partei beim schleswig-holsteinischen Volke heute mehr Sympathien genießt denn je.

Verantwortlich: Peter Raunau